

Kritik an „Geiz-ist-Geil“-Mentalität

Rudi Schnur würde bei Vergaben neben dem Preis gerne weitere Kriterien berücksichtigen

Von Bernhard Beez

Bei den Mitgliedern des Bau-senats war das Bedauern groß: Um gerade mal 24 000 Euro hatte ein Betrieb aus Brandenburg bei der Vergabe von Stahlbauarbeiten am Eisstadion einen hiesigen Anbieter unterboten. Eine geringe Summe angesichts des Gesamtvolumens von 1,33 Millionen Euro. Gleichwohl musste dem Brandenburger Unternehmen der Zuschlag gegeben werden, weil es eben das günstigste Angebot abgegeben hatte. Eine Klage wäre ansonsten sehr wahrscheinlich gewesen.

Ein Umstand, der CSU-Fraktions-sprecher Rudi Schnur schon seit längerem sauer aufstößt. „Es gibt oft am Ende für die Stadt nichts Teureres, als das billigste Angebot anzunehmen“, sagt er. Zumal der Sieger einer Ausschreibung meist nicht aus der Region stamme und somit bei auftretenden Problemen erst einmal nur schwer zu greifen sei.

Seine Behauptung untermauert Schnur anhand eines aktuellen Beispiels: So herrscht bei der Sanierung eines Nebengebäudes am Hans-Carossa-Gymnasium seit einigen Monaten Stillstand, als der damit beauftragte Unternehmer die Arbeiten komplett einstellte. Nun muss jemand gefunden werden, der die Arbeiten fortführt – ein Umstand, der Zeit und Geld kostet. „Das kommt dann dabei raus“, sagt Schnur.

Doch welchen Spielraum hätte die Stadt, die Vergabep Praxis zu ändern? Der CSU-Fraktions-sprecher weiß einen prominenten Unterstützer an seiner Seite. Schon im Jahr 2001 hat der damalige bayerische Wirtschaftsminister Otto Wiesheu (CSU) in der *Süddeutschen Zeitung* den Kommunen vorgeworfen, die Anwendung der „Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB)“ sehr unflexibel zu handhaben. Denn nach der VOB müsse nicht das billigste, sondern das wirtschaftlichste Angebot berücksichtigt werden. Heißt: Neben dem Preis könnten weitere Kriterien wie die Qualität,



Seit einigen Monaten ruhen die Sanierungsarbeiten an einem Nebengebäude des Hans-Carossa-Gymnasiums, weil die beauftragte Firma die Arbeiten eingestellt hat. CSU-Mann Schnur kritisiert die Praxis, die Arbeiten einzig nach dem Angebotspreis zu vergeben: „Das kommt dann dabei raus.“ Foto: cv

die Höhe etwaiger Reparatur-, Wartungs- und Unterhaltungskosten, Energieverbrauch, Lebensdauer oder Ausführungs- und Lieferfristen einfließen. Voraussetzung sei freilich, dass diese Wertungskriterien nicht erst bei der Vergabe, sondern bereits bei der Ausschreibung eingeführt würden.

Soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen

Genau daran würde Rudi Schnur gerne anknüpfen: „Ich plädiere seit langem, die Ausschreibungen kreativer zu gestalten. Beispielsweise so: Zu 40 Prozent entscheidend ist der Preis, zu jeweils 30 Prozent soziale

und ökologische Kriterien.“ Mit einer solchen, exakten Ausschreibung könnte man auch die Gefahr von Klagen weitgehend ausschließen, sagt Schnur: „Diese Kriterien sind ja kein Neuland, sondern wurden bereits vom Europäischen Gerichtshof bestätigt.“ Insofern sei auch ein Vergleich mit den Problemen des Dultsenats, der sich nach Vergaben regelmäßig mit Klagen von unterlegenen Bewerbern konfrontiert sieht, nicht angebracht: „Da spielt bei den Kriterien auch der subjektive Eindruck eine große Rolle, über den man immer streiten kann. Hier dagegen wären die Kriterien eindeutig und objektiv.“

Warum findet er mit seinem Vor-

schlag nur wenig Unterstützung? Einzig SPD-Mann Gerd Steinberger springe ihm bei diesen Diskussionen im Bausenat regelmäßig zur Seite, sagt Schnur. Er vermutet, dass sowohl die Verwaltung als auch die Stadtratskollegen den Mehraufwand scheuen würden. „Dafür ist der Aufwand hinterher größer, wenn Nachbearbeitung anfällt. Pfusch kommt nun mal teurer!“

Baudirektor befürchtet Flut von Klagen

Auf LZ-Anfrage räumt Baudirektor Johannes Doll ein, dass es grundsätzlich möglich sei, neben dem Preis weitere Kriterien in die Wertung mit aufzunehmen. „Aber das verursacht einen erhöhten Verwaltungsaufwand.“ Der nur durch zusätzliches Personal bewältigt werden könne, da neben der Wertung auch die Richtigkeit der getätigten Angaben geprüft werden müsse. In jedem Fall gebe es Unsicherheiten in der Vergabe. Denn sollte ein Bieter mit höherem Preis den Zuschlag erhalten, steige naturgemäß die Gefahr, dass der günstigere Anbieter gegen die Vergabe rechtlich vorgehe. „Dies könnte – unabhängig vom Erfolg – zu nicht unerheblichen Störungen im Bauablauf führen“, sagt Doll. Und eines, so Doll Bezug nehmend auf die Vergabe beim Eisstadion, sei völlig klar: „Regionale Kriterien dürfen nicht Gegenstand einer Vergabe sein. Und für uns ist es nicht ersichtlich, wie durch zusätzliche Kriterien regionale Firmen eher zu einem Zuschlag kommen sollten.“

Was Doll ruhig erklärt, bezeichnet Gerd Steinberger als „Geiz-ist-Geil-Mentalität“. In Handwerkskreisen habe die Stadt keinen guten Ruf, gelte für die Betriebe nicht als attraktiver Partner. „Es geht einzig und allein um den Preis, mit Qualität hast du keine Chance“, sagt Steinberger. Dies habe zur Folge, dass sich viele Handwerker aus der Region bei Ausschreibungen erst gar nicht mehr bewerben würden. „Und das alles nur, weil man nicht ausnutzt, was möglich wäre“, sagt Schnur.